



II- 1761 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

811 / A.B.
zu 811 / J.

GZ 1o2.927-4a/71

Präs. am 9. Sep. 1971

Parlamentarische Anfrage Nr. 811/J
an den Herrn Bundeskanzler betreffend
Neuschaffung eines Extraordinariates
für Nuclearmedizin an der medizinischen
Fakultät der Universität Innsbruck

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat REGENSBURGER, Dr. LEITNER, Dr. KEIMEL und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates am 14. Juli 1971 unter der Nummer 811/J eine schriftliche Anfrage betreffend die Neuschaffung eines Extraordinariates für Nuclearmedizin an der medizinischen Fakultät der Universität Innsbruck mit nachfolgendem Wortlaut gerichtet:

Auf die Anfrage 621/J der Abgeordneten REGENSBURGER, Dr. KEIMEL und Genossen, betreffend die Errichtung einer Lehrkanzel für Nuclearmedizin an der Universität Innsbruck, hat die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgendes wörtlich geantwortet:

"Da sich das Aufgabengebiet der vor zehn Jahren geschaffenen Nuclearmedizinischen Abteilung der Chirurgischen Universitätsklinik in Innsbruck, an die Patienten von sämtlichen Kliniken, vielen auswärtigen Krankenhäusern und auch von frei praktizierenden Ärzten zugewiesen werden, rapid erweitert hat (die Isotopenambulanz steht heute unter allen Ambulatorien der Universitätsklinien in Innsbruck bereits an dritter Stelle) und sowohl in der Ambulanz als auch in den Laboratorien der Abteilung und in Krankenzimmern die Möglichkeit gegeben ist, den Strahlenschutzbestimmungen gerecht zu werden, wird das Bundesministerium für

An den
Präsidenten des Nationalrates,
Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER
W i e n .

- 2 -

Wissenschaft und Forschung diesen von der medizinischen Fakultät der Universität Innsbruck eingehend begründeten Antrag bei den bevorstehenden Dienstpostenplanverhandlungen vertreten. Es wird jedoch vom Ergebnis der Dienstpostenplanverhandlungen abhängen, welche der für 1972 neu beantragten Lehrkanzeln bewilligt werden."

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

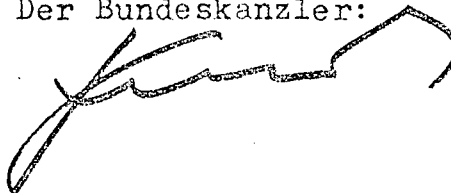
A n f r a g e :

- 1) Werden Sie der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung bezüglich ihres Antrages bei den Dienstpostenverhandlungen die entsprechende Unterstützung gewähren?
- 2) Bis wann können Sie diesbezüglich konkrete Ergebnisse über die Dienstpostenverhandlungen bekanntgeben?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

- 1) Ich bin bereit den Antrag der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zu unterstützen.
- 2) Das Ergebnis wird im Rahmen des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes 1972 dem Hohen Haus vorgelegt werden.

8. September 1971
Der Bundeskanzler:



Beilagen